

Nr. 18/358 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Perspektiven für die freie Kulturszene sichern
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. August 2013
(Drucksache [18/365 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. September 2013
(Drucksache [18/383 S](#))

Nr. 18/359 S

Fragestunde

1. Widerspricht das Beirätegesetz dem Baugesetzbuch?
Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. August 2013

2. Noch immer kein MoBS in Sicht?
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Zahra Mohammadzadeh, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. August 2013

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

3. Mehrkosten Burger Brücke
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Jörg Kastendiek, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 29. August 2013

Diese Frage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

4. Trinkwassergefährdung in Blumenthal
Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 2. September 2013

5. Künftige Entwicklung des Quartiers „Wohlers Eichen“
Anfrage der Abgeordneten Andreas Kottisch, Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 2. September 2013

6. Leitstreifen am Hauptbahnhof - für Radfahrer oder doch für Blinde und Sehbehinderte?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 2. September 2013

7. Erhaltung des Herrenhauses Hohehorst
Anfrage des Abgeordneten Dr. Martin Korol vom 2. September 2013

8. Unterricht an den Schulen Bremens im Fach „Biblische Geschichte/Religion“
Anfrage des Abgeordneten Dr. Martin Korol vom 2. September 2013
9. Entwicklung der monatlichen Verwarn- und Bußgeldeinnahmen der Polizei Bremen
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 2. September 2013
10. Trotz Schulabschluss keine Berufsausbildung
Anfrage der Abgeordneten und Mehmet-Ali Seyrek, Dieter Reinken, Björn Tschöpe Fraktion der SPD vom 10. September 2013
11. Verlängerung der Theodor-Barth-Straße zur A 27
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. September 2013

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 18/360 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Grünen Widerstand gegen Einheitsgesellschaft jetzt aufgeben – Krankenhausbearbeitungsplätze endlich sichern!“

Nr. 18/361 S

Konsensliste – Neufassung

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 24. September 2013

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Bebauungsplan 2394 für ein Gebiet in Bremen-Borgfeld an der Straße Hinterm Moorlande und westlich des Landesschutzdeiches
Mitteilung des Senats vom 10. September 2013
(Drucksache [18/381 S](#))
Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2394.
2. Bebauungsplan 2439 – Änderung des Bebauungsplanes 2300 gemäß § 13 Baugesetzbuch – für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Leher Heerstraße, Lilienthaler Heerstraße und Bundesautobahn A 27
Mitteilung des Senats vom 10. September 2013
(Drucksache [18/382 S](#))
Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2439.
3. Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 21 vom 18. September 2013
(Drucksache [18/392 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/362 S

Ortsgesetz zur Änderung der Gebührenordnung für die stadteigenen Friedhöfe in Bremen

Mitteilung des Senats vom 13. August 2013
(Drucksache [18/367 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 24. September 2013

(Drucksache [18/395 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 18/363 S

Prekäre Arbeitssituation in der Kindertagespflege

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Juni 2013
(Drucksache [18/342 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. Juli 2013

(Drucksache [18/362 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/364 S

Neue Wohnformen im Immobilienbestand entwickeln, Gewerbegebäude und öffentliche Liegenschaften umnutzen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 12. Juni 2013
(Drucksache [18/345 S](#))

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. zu ermitteln und zu prüfen, ob, wo und wie die Umnutzung von privaten Gewerbeimmobilien zur Wohnnutzung in Bremen weiterentwickelt werden kann.
2. zu ermitteln, welche zu vermarktenden Gebäude und Liegenschaften in bremischem Besitz für die Umnutzung in Wohnraum geeignet sein könnten, und zu skizzieren, wie diese auch unter sozialen Gesichtspunkten vermarktet werden könnten.
3. dafür gegebenenfalls die planungsrechtlichen Voraussetzungen durch Änderung bestehender Bebauungspläne zu schaffen.
4. beispielhaft „best practice“-Projekte in architektonischer und technischer Hinsicht zu Umnutzungen von Gewerbeimmobilien – insbesondere für Wohnraum, der auch für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen bezahlbar ist sowie für besondere Wohnformen – zu sammeln und öffentlich zu kommunizieren.
5. zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie Bremen besonders an junge Bevölkerung sowie freie Initiativen und Träger gerichtete Informationen in den vorhandenen Beratungsstrukturen anbieten kann, die sich für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Bauen in flexiblen, altersgerechten, barrierefreien, ökologischen, energetisch sanierten und/oder mit Arbeiten kombinierten Wohnformen interessieren.

6. über die Ergebnisse im ersten Quartal 2014 der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie zu berichten und die Ergebnisse zu veröffentlichen.

Nr. 18/365 S

Klare Regelungen für Hunderauslauf in Bremen einführen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 12. Juni 2013

(Drucksache [18/346 S](#))

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. Vorschläge für klare und transparente Regelungen für Hunderauslaufgebiete in Bremen vorzulegen. Folgende Kriterien sollen hierbei Berücksichtigung finden:
 - a) Da die Beiräte über die besten Kenntnisse der jeweiligen örtlichen Verhältnisse in den einzelnen Stadtteilen verfügen, erhalten diese zukünftig ein Entscheidungsrecht bei der Prüfung und Auswahl entsprechender Auslaufflächen. Vor einer Entscheidung muss eine Abstimmung mit den örtlich betroffenen Trägern öffentlicher Belange und den betroffenen privaten Interessen erfolgen. Bei der Prüfung und Auswahl sowie der Abstimmung mit Trägern öffentlicher Belange und sonstigen Betroffenen werden die Beiräte und Ortsämter von einer vom Senat zu benennenden, zentralen Ansprechstelle unterstützt.
 - b) Die entsprechenden Hunderauslaufflächen werden öffentlich bekannt und nach außen deutlich erkennbar gemacht.
 - c) Die Entscheidung über die Einführung bzw. Ausweisung von Hunderauslaufflächen muss berücksichtigen, dass diese in unterschiedlichen Stadtteilen gegebenenfalls in unterschiedlicher Form eingerichtet werden können, um die Wege zum Erreichen dieser Flächen für Hundebesitzerinnen/Hundebesitzer kurz zu halten.
 - d) Es soll auch über ausgewiesene Hundefreilaufflächen hinaus klar und unmissverständlich festgelegt und kommuniziert werden, wo im Stadtgebiet Hunde ohne Leine laufen dürfen und wo nicht, etwa durch ein Merkblatt im Internet.
 - e) Es sollen auch private Initiativen in die Lage versetzt werden, Hundefreilaufflächen zu betreiben. Gegebenenfalls müssen hierzu Kriterien und Maßnahmen entwickelt werden.
 - f) Das jeweilige Ortsamt wird die Ansprechstelle, an die sich Initiativen sowie Bürgerinnen und Bürger bei Fragen zum Thema Hunderauslaufgebiete wenden können. Die vom Senat zu benennende Stelle steht diesem dabei beratend zur Verfügung.
 - g) Natur- und Landschaftsschutzfragen sowie Sicherheitsfragen, insbesondere im Hinblick auf den Schutz von Kindern, sind ebenso zu berücksichtigen wie Fragen des Tierschutzes insgesamt sowie der artgerechten Haltung von Hunden.
2. Kostenabschätzungen für verschiedene Varianten von Hundefreilaufflächen – umzäunte Bereiche in Grünzügen, zum Auslauf freigegebene öffentliche Räume, besonders gestaltete und ausgestattete Flächen – zu erstellen.
3. den städtischen Deputationen für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie, für Inneres und Sport sowie für Gesundheit binnen sechs Monaten hierüber Bericht zu erstatten.

Nr. 18/366 S

Innenstadtparkhäuser bedarfsgerecht weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 12. Juni 2013

(Drucksache [18/348 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. ein Konzept für eine innovative und optimierte Nutzung der Innenstadtparkhäuser zu entwickeln und dabei insbesondere für die jeweils beiden unteren Etagen alternative Nutzungen zu prüfen sowie den zeitlichen Rahmen einer Umsetzung darzulegen.
2. attraktive Lösungen für Kundinnen und Kunden und den Einzelhandel zu entwickeln und darzulegen, wie in Spitzenzeiten der Wegfall von Parkplatzkapazitäten ausreichend kompensiert werden kann.
3. bei der Weiterentwicklung der Parkhäuser den Anforderungen behinderter Autofahrerinnen/Autofahrer in besonderer Weise Rechnung zu tragen und sicherzustellen, dass in allen Parkhäusern Behindertenparkplätze in ausreichender Menge und Qualität sowie für die Zielgruppe tatsächlich erreichbar vorgehalten werden.
4. am Standort Langenstraße auf einer schon zum Fahrradparken genutzten Fläche die Einrichtung eines Fahrradparkhauses mit einem Schwerpunkt auf Fahrradtourismus und Elektrofahrräder zu prüfen.
5. zu prüfen ob, gegebenenfalls in welchem Umfang und zu welcher Zeit, aus den Erlösen der im Rahmen der Neugestaltung des Ansgariquartiers geplanten Veräußerung des Parkhauses Am Brill auch Mittel für eine solche Modernisierung der Innenstadtparkhäuser genutzt werden könnten.
6. darzustellen, wie sich bei einer solchen optimierten Nutzung die Erlössituation bei der BREPARK GmbH verändert.
7. der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie innerhalb eines halben Jahres nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

Nr. 18/367 S

Einrichtung eines Sondervermögens Wohnen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. Juni 2013
(Drucksache [18/350 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 18/368 S

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2014 und 2015

Mitteilung des Senats vom 3. September 2013
(Drucksache [18/380 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist die Haushaltsgesetze 2014 und 2015, die Haushaltspläne und die Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 (einschließlich der Sonderhaushalte und der Haushalte der unselbstständigen Stiftungen und Vermächtnisse), die Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2014 und 2015, die produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2014 und 2015, die Wirtschaftspläne 2014/2015 der Eigenbetriebe, Sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts und die Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben und zur Ausschöpfung von Einnahmequellen im Zusammenhang mit einer Überschreitung der Höchstgrenze für Kreditaufnahme nach Artikel 131a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) und den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte.

Nr. 18/369 S

Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 162. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für den Geltungsbereich des Bebauungsplans 2426 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Delfter Straße und Auf den Kahlken

Mitteilung des Senats vom 17. September 2013
(Drucksache [18/387 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 18/370 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Carsharing auf das gesamte Stadtgebiet ausweiten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 14. Juni 2013
(Drucksache [18/351 S](#))
2. Lebenssituation für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bremen verbessern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. April 2013
(Drucksache [18/314 S](#))
3. Lebenssituation für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bremen verbessern
Bericht der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend
vom 17. Juni 2013
(Drucksache [18/352 S](#))
4. Bestandsschutz und Beratung bei Mieterhöhung
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 12. Februar 2013
(Drucksache [18/291 S](#))
5. Bestandsschutz und Beratung bei Mieterhöhung
Bericht der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend
vom 17. Juni 2013
(Drucksache [18/353 S](#))
6. Lange Nächte der Kultur im Bremer Kultursommer
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. Juni 2013
(Drucksache [18/358 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 17. September 2013
(Drucksache [18/389 S](#))
7. Erfahrungen mit dem „Kulturticket Bremen“
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 3. Juli 2013
(Drucksache [18/361 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. August 2013
(Drucksache [18/369 S](#))

8. Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 20
vom 21. August 2013
(Drucksache [18/376 S](#))

9. Auswirkungen der Kohlekraftwerke auf die Gesundheit der Bremer Bevölkerung
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. August 2013
(Drucksache [18/371 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. September 2013
(Drucksache [18/388 S](#))

10. Wettbewerbsfähigkeit des Einzelhandels fördern
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. August 2013
(Drucksache [18/372 S](#))

11. GEWOBA Gewinnabführung senken – Haushaltstransparenz herstellen –
Mittel für sozialen Wohnungsbau und Quartiersentwicklung freisetzen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 2. September 2013
(Drucksache [18/379 S](#))

12. Schulsozialarbeiter/-innen vollständig übernehmen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 23. September 2013
(Neufassung der Drs. [18/390 S](#) vom 17. September 2013)
(Drucksache [18/394 S](#))

13. Bremer Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung: Betroffene zu Beteiligten machen!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. September 2013
(Drucksache [18/393 S](#))

